Nr. 20
B 10
Abend-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 12. Januar 1928
V
Vossische Zeitung
10 Pfennig
Gegründet 1704
Mit Kurszettel
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.
Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26
Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Pächterstreik in Pommern

Stillegung der Betriebe

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

st **Stettin**, 12. Januar

Die vorpommerschen Gutspächter, die unter den Unwetterschäden und den schlechten Ernteergebnissen ihrer Landesteile ganz besonders zu leiden haben, da Kredite für sie kaum noch zu beschaffen sind, haben jetzt den Streik proklamiert. In Putbus und in Sagard auf Rügen wurde in stark besuchten Versammlungen der einmütige Beschluß gefaßt, am 15. Januar alle freien, nicht im Deputatlohn stehenden Arbeiter zu entlassen, und die Betriebe stillzulegen. Diese Maßnahme würde sich insofern stark fühlbar machen, als auch die Milchbelieferung der Städte eingestellt werden soll.

Die Pächter begründen den Beschluß damit, daß es ihnen ohne durchgreifende Hilfsmaßnahmen nicht möglich sei, die notwendigsten Zahlungen wie Löhne, Versicherungsbeiträge und Zinsen aufzubringen, ganz abgesehen von den fälligen Wechseln für Düngemittel und dergleichen.

Der Herd der Unruhe liegt in Putbus, dem Wohnort der Fürstin zu Putbus, der die Pachtgüter Rügens in der Mehrheit gehören. Die Domänenpächter sowie die Pächter des Stadtbesitzes von Stralsund und der Greifswalder Universitätsgüter scheinen einstweilen weniger beteiligt.

Im ganzen haben sich bisher 200 Gutspächter dem Streik angeschlossen.

Das Geheimnis von St. Gotthard

Herrenlose Waffen

Bericht für die „Vossische Zeitung"

* **Budapest**, 10. Januar

In Sankt Gotthard an der steirisch-ungarischen Grenze ist eine fälschlich als „Maschinenbestandteile" deklarierte Sendung von fünf Waggons Maschinengewehren eingetroffen, und die ein heftiger internationaler Streit entbrannt ist. Die Waffen stammen aus Verona: Grund genug zur Beunruhigung. Ihr Bestimmungsort ist offiziell noch nicht festgestellt. Der Frachtbrief war, wie von amtlicher ungarischer Seite mitgeteilt wird, an die Firma Brüder Berkowitsch in Slowenisch Novevesto adressiert und mit der Bemerkung versehen, daß die Sendung von Novevesto „ohne Umladung" nach Warschau an einen nicht genannten Empfänger weiterdeklariert werden solle. Slowenisch Novevesto ist die tschechoslowakische Eisenbahnstation des ungarischen Sätoralljujhely.

Alle drei in Betracht kommenden Länder, Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen, lehnen jetzt, da der Schmuggel von einem „übereifrigen" österreichischen Zollbeamten aufgedeckt worden ist, die koltbare Sendung ab, so gerne sie sonst Soldat spielen. Die Presse der Kleinen Entente schwört im Chor, daß Ungarn der Besteller war, während Ungarn als dokumentarischen Beweis seiner Unschuld stumm den Frachtbrief vorweist. Die Kleine Entente droht mit der Anzeige beim Völkerbund und will den Genfer Rat zur Untersuchung der Angelegenheit zur Abhaltung einer außerordentlichen Tagung veranlassen.

Italien aber, wo der Schlüssel des Geheimnisses aufbewahrt wird, hüllt sich in Schweigen . . .

*

Fünf Waggonladungen Maschinengewehre sind keine Kleinigkeit. Das genügt nach bescheidener Schätzung zur Ausrüstung von drei oder vier Armeekorps. Und weiß Gott, wieviel Schmuggelsendungen unentdeckt durchgingen, bis eine entdeckt wurde! Für wen immer Mussolinis Neujahrsgeschenk bestimmt war, es bedeutet eine ernste Gefahr für den Frieden. Osteuropa ist geladen mit Konfliktsstoffen, die bisher zum Teil deshalb nicht akut geworden sind, weil die Oststaaten kein Geld zum Rüsten haben. Diese wichtige Friedensgarantie entfällt aber, wenn Mussolini die Finanzierung des Krieges übernimmt.

*

Neben Mussolini ist vor mehr als einem halben Jahr noch ein zweiter gefährlicher Störenfried in Osteuropa aufgetreten: Lord Rothermere, der Herausgeber der Londoner „Daily Mail". Der englische Zeitungsmagnat begann nach einem Besuch in Ungarn in der „Daily Mail" eine lebhafte Kampagne für die Revision des Trianon-Vertrages. Das Echo, das er in Ungarn fand, hat wohl ihn selbst am meisten überrascht. Tausende und aber Tausende von Dankestelegrammen bekam er, die ungarischen Zeitungen widmeten ihm seitenlange begeisterte Artikel, Abordnung auf Abordnung suchte ihn in London auf, um ihm den unvergänglichen Dank des ungarischen Volkes für seine Initiative auszusprechen und ihn zum Ausharren auf dem beschrittenen Wege zu ermuntern. Monatelang wurden in allen Gesellschaftskreisen Ungarns Unterschriften für ein Riesen-Dankalbum gesammelt, das im Winter von einer eigenen großen Deputation nach England geschafft wurde. Es trug eine Million Unterschriften und war in 25 Bände gebunden. Die ungarische Begeisterung ermunterte Rothermere zu immer neuen Artikeln, Reden und Erklärungen im Interesse der irredentistischen Bestrebungen der Ungarn. Und umgekehrt hatte sein Auftreten ein mächtiges Aufflammen der ungarischen Irredentabewegung zur Folge.

Die Friedensverträge, die im Namen des Selbstbestimmungsrechtes diktiert wurden, werden einmal im Sinne dieses elementaren Rechts abgeändert werden müssen. Doch das braucht Zeit. Im Augenblick ist diese Revision auf friedlichem Wege nicht zu erreichen. Einen Krieg aber wollen die Ungarn nicht, obwohl sie den Verlust rein magyarischer Gebiete nie verschmerzen werden. Und ihre Nachbarn, die übersaturiert sind, wollen erst recht keinen Krieg. Um so verhängnisvoller ist die Stimmung, die Lord Rothermeres Aktion geschaffen hat. Schließlich könnten eines Tages Mussolinis Maschinengewehre, in wessen Hand immer sie geraten, losgehen, ohne daß man recht weiß, wie.

Bruno Heilig.

Rauscher antwortet Zaleski

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ihi **Warschau**, 12. Januar

Die Friedensrede des polnischen Außenministers Zaleski findet heute ein freundliches Echo in einer Aeußerung des deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, die die polnische offiziöse „Epoka" veröffentlicht.

Rauscher drückt darin die Hoffnung aus, daß die von Zaleski anerkannte deutsch-polnische Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten der internationalen Politik in Zukunft auch auf weniger breite, aber nicht weniger wichtige Fragen sich ausdehnen möge. Den Wunsch des polnischen Außenministers, daß Gegensätze zwischen Deutschland und Polen in der Danziger Frage in Genf in Zukunft weniger häufig zum Austrag kommen mögen, teile auch die Reichsregierung durchaus. Soweit Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten noch vorkommen würden, sei doch der Glaube berechtigt, daß sie im Rahmen des Völkerbundes in einem Geiste zu lösen sein würden, der ebenso frei von Prestigerücksichten wie vom Formalismus sein könnte.

Rauscher bekennt sich schließlich ähnlich wie Zaleski in bezug auf die weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses als „unverbesserlicher Optimist".

Polnischer Vorschlag an Litauen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ihi **Warschau**, 12. Januar

Die polnische Regierung hat, wie heute mittag mitgeteilt wird, der litauischen Regierung durch einen besonderen Kurier eine Note übersandt, die den Beginn der direkten Verhandlungen zwischen den beiden Staaten für Ende Januar in Riga vorschlägt. Die Note entwirft auch bereits die Grundzüge des Inhalts, den die Verhandlungen nach polnischer Meinung erhalten sollen. Genannt werden die Regelung des Grenzverkehrs, des Transit- und des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs zwischen den beiden Ländern.

Der Kampf im Elsaß

Von

Ernst Klein,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Straßburg**, im Januar

Was geht zwischen Rhein und Vogesen vor sich? Es ist nicht ganz leicht, sich darüber ein klares Bild zu machen. Man redet von „Autonomisten", von einem „Heimatbund", von „Regionalismus" und „Assimilation", von irgendeiner Bewegung, die bald so, bald anders bezeichnet wird. Dabei sind die Begriffe und Namen nicht etwa Synonima, sie bezeichnen nicht die gleichen Bewegungen, Personen oder Gruppen. Die Verwirrung ist beinahe heillos. Es gibt ein regional orientiertes Autonomieprogramm und ein solches, das legislative Forderungen stellt. Und es gibt darüber hinaus den Traum, sagen wir es gleich eindeutig, einen phantastischen Traum, das Elsaß zwischen die Nationen als einen „unabhängigen" Staat zu stellen. Dazwischen sitzen jene Gruppen, die in eine gewisse Verlegenheit kommen, wenn man sie nach ihren Sonderforderungen fragt; jene, die von der regionalen oder der stämmischen Eigenart reden, ohne sie näher bezeichnen zu können, Gruppen, die jede politische Einreihung ablehnen und nur ein „Kulturprogramm" vertreten. Die Masse der Bevölkerung kennt sich in diesem Durcheinander gar nicht aus. Wenn sie nicht gänzlich indifferent ist — wir befragten Bauern, Arbeiter, Intellektuelle und man antwortete uns mit Achselzucken und mit einem Hinweis auf die „Politiker", um deren „tägliches Brot" es sich hier handle —, wenn sie mitredet, vergeht dem Beobachter, der gern klare Linien sehen möchte, erst recht Hören und Sehen. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß ein solcher Beobachter, wenn er nicht die Entwicklung dieses Landes und seiner Bevölkerung seit Jahrzehnten verfolgt hat, wenn er als ein Fremder ins Land kommt, nach wenig Tagen flüchtet und sein Urteil dahin formuliert, daß man sich hier überhaupt nicht auskennen könne und daß es sich gar nicht verlohne, sich mit diesem „Familienstreit" abzugeben. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, eine kosmische Ordnung in dieses Tohuwabohu zu bringen, eine Möglichkeit, die dem gegeben ist, der mit der eigenartigen Psyche des Landes vertraut ist.

*

Man hat von der Takfache auszugehen, daß es der Masse, d. h. den paar Hunderttausenden, die in dieser fruchtbaren Ebene, in diesem, von den Hängen der Vogesen bis zum Rhein sich dehnenden „beau jardin" wohnen, wirtschaftlich gut geht. Das Land ist reich, ist nicht übermäßig dicht bevölkert. Es nährt seinen Besitzer, der zudem nicht allzu anspruchsvoll ist. Der Elsässer ist nicht im eigentlichen Sinne satt, d. h. für alles, was jenseits der Mahlzeit und des Geldverdienens liegt, unempfindlich. Dafür ist er zu mobil, zu „hitzig", zu beweglich oder auch zu aktivistisch. Wenn er eine Idee hat, einen Gedanken denkt, wenn sich ihm gefühlsmäßig oder programmatisch ein Wort formt, erhitzt er sich leicht dafür. Er ist von Hause aus Propagandist, steht mit Fanatismus auf der Tribüne, ohne doch allzu beharrlich bei dem einen zu bleiben. Ein anderes kommt dazu: die Notwendigkeit, sich national immer wieder einmal umzustellen. Davon hat der Altdeutsche keine Ahnung, wenigstens nicht der Reichsdeutsche von heute, es sei denn, daß der Umbau Deutschlands aus der imperialistischen Struktur in eine demokratische, der Uebergang von der Monarchie zur Republik als Parallele herausgezogen wird. „Daran ist die Republik schuld!" So äußert sich das malaise, die Mißstimmung, die Verbitterung über wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale Verschiebungen und Umbiegungen und die starke Berührung des persönlichen Daseins durch solche Verschiebungen bei einem Teil der Reichsdeutschen. So oder wenigstens aus ähnlichen Ursachen entstand das elsässische malaise, jene Unzufriedenheit, die sich organisierte zu den verschieden eingestellten Gruppierungen. Es sind diese Gruppierungen keineswegs durch einen politischen Willen geformt, sondern zunächst rein als Ausfluß irgendeiner Stimmung in die Erscheinung getreten. Es war darum durchaus verständlich, weil natürlich, daß der Untersuchung über die Unzufriedenheit im Lande im bekannten Haegy-Helfen-Prozeß der weiteste Spielraum gelassen wurde, daß der Gerichtssaal zum politisch-psychologischen Seziersaal wurde. Daß diese Organisationen derer, die irgendwie unzufrieden sind, aus Beamten- und Lehrerkreisen einen starken Zustrom fanden, ist ebenfowenig verwunderlich wie die Tatsache, daß das Führertum, zum Teil von der Pfarrerschaft gestellt wurde. Der evangelische Theologe im Elsaß hat am schmerzlichsten die Trennung von der deutschen Geisteswelt und Wissenschaft empfunden. Er war auch — natürlich mit Ausnahmen — national deutsch eingestellt. Und der katholische Priester stand und steht als Frontsoldat gegen die Laienegese, gegen das Frankreich Clemenceaus, gegen die unirea gewordene Tochter der katholischen Kirche. Es muß in diesem Zusammenhang an die Zeugenaussage jenes alten und naiven Priesters im Haegyprozeß erinnert werden, der aussprach, was er wohl nicht aussprechen sollte: Last uns unsere kirchlichen Sonderrechte, und wir werden gute Franzosen sein. Hier zeigt sich eines der interessanten, aber e-

0150